

Der digitale Euro und die Abschaffung des Bargeldes: Unbegründete Angstmache oder berechtigte Befürchtungen?

Die finanzielle Souveränität wird von politischer offizieller Seite als ein Hauptargument für den digitalen Euro (DE), nicht zuletzt angesichts geopolitischer Spannungen und Trumps Gebaren angeführt. Von schwammigen Aussagen wie der Eindämmung der Kriminalität ist man eher abgerückt. Auch hat die Debatte gezeigt, dass die Cyber-Resilienz bei CBDC sich als ein Kernproblem erweist. Tatsächlich ließe sich Kriminalität durch eine personelle Aufstockung der deutschen Financial Intelligence Unit, bessere europäische Zusammenarbeit und die Kompatibilität der Kommunikationsnetzwerke der Behörden zielsicherer zu Leibe rücken.

Von Seiten zivilgesellschaftlicher Gruppen wie Monneta und der Monetative wird durch den DE ein demokratischer Zugewinn für die Bürger*innen erhofft, nicht zuletzt, weil vollwertiges Zentralbankgeld dann an die Stelle des Giralgeldes tritt, das nur eine verbrieft Forderung an die Geschäftsbanken ist. Es gehe nicht darum, das Bargeld längerfristig auslaufen zu lassen, erklären Politiker*innen, die Finanzindustrie und damit befasste Institutionen wie die Bundesbank oder die EZB. Die erwähnten zivilgesellschaftlichen Gruppen vertrauen diesem Versprechen. Auch in diesem Bereich forschende Wissenschaftler*innen bedienen das Polarisierungsszenario: Es gibt fehlgeleitete, ideologisierte Menschen und bösgewillte Interessenvertreter und Politiker*innen, die gegen den DE sind und es gibt die Guten, die sich für den DE als positives öffentliches Gemeinschaftsgut einsetzen.

Geläutert durch die Erfahrungen während und nach der Finanzkrise vertraue ich dieser Zusage nicht (*Die große Finanzmarkt- und Staatsschuldenkrise*. 5. Auflage. Metropolis, 2013). Leider haben die damaligen Erfahrungen auch bei mir zu einem bedauerlichen Entfremdungsprozess geführt. Zu viele Treuschwüre wurden gebrochen, erwähnt seien nur die gigantischen Rettungsschirme anstelle von No-Bail-Out, die unkonventionellen Maßnahmen (nicht nur) der EZB, die entgegen ihrem begrenzten Mandat zu einer, wie es etwas überspitzt ausgedrückt wurde, monetären Zentralverwaltungswirtschaft führte und vieles mehr. Unverkennbar war, dass das politische System und die Zentralbanken in erster Linie das sonst einstürzende Kartenhaus im Interesse der Finanzgroßindustrie möglichst ohne Strukturreformen rettete. Die daraus entstehende Vertrauenserosion trug elementar zum Aufstieg autoritärer, rechtspopulistischer Parteien in Deutschland und Europa bei (*Rechtspopulismus. Warum?* Metropolis, 2025). Spätestens seit der Finanzkrise fragt man sich immer, in welcher strategischer Absicht Funktionsträger bestimmte Ansichten kundtun. Ihre Äußerungen sind nicht unbesehen für bare Münze zu nehmen.

Die Schaffung eines Europäischen Zahlungsverkehrssystems ohne Beteiligung der großen US-Finanzdienstleistungskonzerne und die Einführung von Vollgeld wären wünschenswert. Aber läuft es wirklich konsequent darauf hinaus und gerät das Bargeld nicht endgültig ins Hintertreffen? Zeigt Europa durch ihren Hauptakteur EU-Kommission hier wirklich einmal klare Kante? Die Einführung des DE ist auch nach starken Worten von Lagarde einem primär geo-politischen Unabhängigkeitsbestreben geschuldet. Wenn dem so wäre, warum hat man sich dann auf eine Minivariante mit maximal 3000 Euro DE pro Person verständigt? Entweder man will in diesem Bereich entscheidend unabhängig von den Amerikanern werden, dann

müsste man das ohne ein solches Oberziel durchführen, aber so ist eher wenig gewonnen. Dem hehren Ziel steht demnach eine eher minimalistische Ausgestaltung gegenüber. Wie immer hat man Rücksicht auf die Interessen des Finanzsektors genommen, der durch diese Begrenzung nicht ausgezehrt werden und einen Fuß in der Verwertungstür behalten soll. Für finanzielle Souveränität hätte man sich aber für eine andere Priorität, eben die Nichtbeschränkung auf maximal 3000 Euro entscheiden müssen. Diese Obergrenze ist zudem von besonderem Vorteil für große Geschäftsbanken, im Unterschied zu z.B. Sparkassen und Volks- und Raiffeisenbanken, da letztere eher niedrige Guthaben verwalten. Sie werden vom Einlagenabfluss (weniger Kundeneinlagen), wenn also Sichteinlagen von Bankkonten in digitales Zentralbankgeld verwandelt werden deutlich stärker tangiert. Durch die sich abzeichnende Ausgestaltung des DE dürfte dieser wohl auch primär an der Ladenkasse zum Zuge kommen und in direkte Konkurrenz zum Bargeld treten.

Man will jedenfalls den Banken das Geschäft nicht zu sehr vermiesen, daher sollen über sie u.a. die Girotransaktionen und auch die Verwahrung des DE für das breite des Publikums erfolgen. Hier bietet sich ein Einfallstor, da auch in Europa hauptansässige Banken zum Teil u.a. angesichts von Anti-Money-Laundering und sofern Banken US-Töchter haben, im Zweifelsfall am amerikanischen Haken sind.¹ Das ist vom Ziel der Unabhängigkeit her betrachtet sehr problematisch. Unerfindlich ist zudem, warum man auch amerikanische App-Anbieter zulassen will (u.a. wird Apple) genannt, deren Mutterkonzerne sich meist überbieten, vor Trump den Diener zu machen. Über die Apps können Daten abgefischt werden und wenn die amerikanischen App-Anbieter von Seiten der Politik genötigt werden, mal abzuschalten, was ist dann angesichts dessen hinsichtlich Souveränität gewonnen? Es ist mittlerweile nicht mehr unrealistisch, dass insbesondere der amerikanische Geheimdienst den angezapften Internetknoten in Frankfurt lahmlegen könnte. Angesichts der politischen Großwetterlage ist das leider kein versponnenes Phantasiegebilde. Mit Euro in Bargeldform würde das nicht passieren können.

Mir ist unklar, ob das Argument trägt, dass bei einem höheren Anteil von DE oder des Ausschlusses der Banken vom DG-Verkehr diese in ihrer zentralen Funktion als Kreditgeber elementar beeinträchtigt würden. Schließlich hängen Kredite insofern nicht von den Einlagen der Kunden ab, als der Geldschöpfungs- und Kreditvergabeprozess davon unabhängig ist, weil dabei nicht auf diese Gelder zurückgegriffen wird, sondern eine Geldschöpfung aus dem

¹ In diesem Zusammenhang ist der Fall Nicolas Guillous ein anschauliches Beispiel, ein französischer Richter am Internationalen Strafgerichtshof (IStGH/ICC), der von den USA am 20. August 2025 auf die OFAC-Sanktionsliste (SDN) gesetzt wurde (Executive Order 14203). Dies bedeutet, dass seine Konten bei US-Unternehmen wie Amazon, Airbnb oder PayPal nicht mehr zugänglich sind und Online-Buchungen, auch für Hotels in Frankreich und Bestellungen von ihm über das Internet nicht mehr möglich sind. Selbst Konten bei europäischen Banken seien geschlossen worden, wird kolportiert. Wie kann das sein? ChatGPT gibt folgende Antwort: „Viele europäische Banken sind (direkt oder indirekt) auf die US-Finanzinfrastruktur angewiesen, vor allem für: USD-Zahlungen (Dollar-Clearing läuft typischerweise über US-Korrespondenzbanken/US-Systeme), Zugang zu US-Korrespondenzkonten/US-Markt, internationale Kartenzahlungen (Visa/Mastercard/AmEx sind US-dominiert). Wenn eine Bank einen SDN-gelisteten Kunden weiterführt, besteht das Risiko, dass Transaktionen blockiert werden oder die Bank Probleme mit US-Partnerbanken bekommt. OFAC kann bei bestimmten Programmen sogar Korrespondenzkonten in den USA einschränken/verbieten – das ist für eine internationale Bank ein extrem scharfes Schwert. (ofac.treasury.gov)“. Weitere Belegquellen und Angaben zu sekundären Sanktionsquellen sind hier weggelassen. Die EU-Blocking-Statue gegen extraterritoriale Sanktionen zum Schutz Guillous wurden nicht - wie von ihm gefordert - eingesetzt und geschärft, was die subalterne Haltung der EU-Kommission dokumentiert.

Nichts erfolgt, wie es so schön heißt. Oder ist es einfach nur so, dass die agile Finanzlobby und deren Sympathisant*innen in den Parlamenten dafür sorgen, dass man hier den Fuß in der Tür hat und ev. bei Gelegenheit Verwaltungsgebühren einstreichen und den ahnungslosen, so weiterhin stark an sie gebundenen Kunden Finanzprodukte andrehen kann? Als ein Beispiel der Hörigkeit der Regierungspolitik zeigt sich in Deutschland durch das das Riesterrenten-Desaster fortführende Altersvorsorgedepot und die Frühstart-Rente. Die vergleichsweise hohen Kosten in Deutschland von 1,5% pro Jahr sind sogar für das als kostengünstig angepriesene „gedeckelte“ Standardprodukt 2400% höher als die 0,06%, die für das für Rentner*innen erfolgreiche Standardprodukt in Schweden anfallen. In 40 Jahren führt eine um ein Prozent kostenintensivere Geldanlage zu einer 35-40% niedrigeren Auszahlung im Rentenalter.

Bei der Frage, warum immerhin mit enormem Aufwand und Kosten verbundene DE eingeführt werden sollen, wird immer wieder auf den geringen Durchdringungsgrad von „EC-Karten“ oder ähnlichen nationalen Lösungen unabhängig von den US-Giganten in vielen europäischen Ländern hingewiesen, so dass man dort von den amerikanischen Dienstleistungsanbietern abhängig ist. Diese Überlegung ist sehr plausibel. Es stellt sich aber die Frage, warum es diesbezüglich dann unbedingt ein DE sein muss. Warum führt man nicht ein Europa weites „EC-Kartensystem“ ein oder beschließt auf EU-Ebene, dass so etwas das nationalspezifisch anzubieten ist. Dem Versuch, in Deutschland mit dem Wero den US-Konzernen Paroli zu bieten, fällt der DE in den Rücken. Brasiliens Notenbank hat 2020 mit Pix ein kostenloses App-basiertes digitales Zahlungssystem angeboten, das von der Zentralbank selbst kontrolliert wird und dort zum führenden digitalen Zahlungsmittel wurde, sehr zum Verdruss der großen US-Konzerne mit ihren exorbitanten Gewinnspannen.

Ein anderer Punkt betrifft den Schutz der Privatsphäre bzw. die informationelle Selbstbestimmung beim DE. Norbert Häring, dessen Ausführungen zum Thema unabhängig von seinen sonstigen Positionierungen sehr informativ sind, führt hierzu aus: „EZB und Kommission haben zwar versprochen, dass der digitale Euro nicht programmierbar sein soll. Das beziehen sie aber nur darauf, dass kein zeitliches Verfallsdatum oder Begrenzungen einprogrammierbar sein sollen, wo und was man damit einkaufen kann. Sie wollen aber ausdrücklich fördern, dass die privaten Finanzinstitute und Zahlungsdienstleister auf ihrer Ebene programmgesteuerte Zahlungen mit dem digitalen Euro ermöglichen. Damit wird dann wieder so ziemlich alles möglich, was man sich in Sachen paternalistischer Gängelung so vorstellen kann“ (<https://norberthaering.de/geldsystem/jens-berger-digitaler-euro/>). Tatsächlich enthalten die Vorschläge der EU auch die Möglichkeit, bei die Privatsphäre schützenden offline-Transaktionen Limits zu setzen. Erstaunlich sind hierzu auch Auslassungen wissenschaftlicher Fachleute. So wird bei einem Webinar von Monneta von der Referentin hinsichtlich der zentralisiert möglichen Kontrolle der Nutzerdaten bemerkt, es bestehe zwar ein Einfallstor der zentralen „Überwachung“ durch die Notenbank (<https://vimeo.com/1127572494?fl=pl&fe=sh>). Das sei aber nicht so gravierend, weil es sich maximal nur um 3000 Euro handele. Das ist ein erstaunliches Argument: weil man etwas nur halbherzig einführt, kann es ja so schlimm nicht werden. Man hätte sich Vorschläge gewünscht, wie ein Nichtzugriff auf persönliche Daten einzurichten wäre. Oder ist das an sich unmöglich? Der Public Key bei Blockchain hat sich ja öfters als sehr private erwiesen und von Edward Snowden wissen wir, wie sehr man sich um flächendeckende Daten zur Lebensweise

aller Menschen bemüht. Das mag im Moment nicht zu den größten Problemen unserer Gesellschaft gehören, aber der autoritäre und zuschlagsbereite Rechtspopulismus ist Ante portas. Und wir nehmen mit Erstaunen die technokratischen Allmachthphantasien vom Silicon Valley bis China wahr, die zwar im Westen mit Entstaatlichungsphantasien der IT-Oligarchen verknüpft sind, aber gleichwohl auf Verhaltenskontrolle und -lenkung abzielen. Überspitzt gesagt: Wer die Kontrollübersicht dank der Zahlungsvorgänge der Menschen hat, ist vielleicht weniger auf Palantir angewiesen. Natürlich ist derzeit offiziell nur von keinem *programmable money* die Rede, aber ebenso werden, natürlich nur rein hypothetisch, die Möglichkeiten von *conditional payments* ausgelotet. Mit minimaler Datenerhebung fängt es an, aber Gelegenheit macht Appetit. Irritierend ist immerhin die Aussage von Lagarde im Rahmen eines was ihre Aussagen betrifft wohl nicht manipulierten Interview, dass man für die offline-Variante ein Limit von 300-400 Euro setzen könnte, da es die Terrorismusgefahr erfordere, über größere Beträge drüberschauen zu können (<https://www.youtube.com/watch?v=gvQo5bg2-7A>).

Auch wenn man zugesteht, dass der DE mit der EU-typischen Hasenfüßigkeit und Inkonsequenz eingeführt wird, kann man dennoch fragen, was das mit dem Bargeld zu tun hat. Was spricht für dessen Zurückdrängung in diesem Zusammenhang? Ein Argument lautet, dass er nicht durch eine wirksame Annahmeverpflichtung geschützt werden soll, der digitale Euro aber sehr wohl. Es würde hier den Rahmen sprengen, die Ungleichbehandlung des Bargeldes gegenüber dem digitalen Euro im Einzelnen nachzuweisen, siehe hierzu aber die Studie von Stützele und von Holst zu den EU-Gesetzesvorschläge (<https://bargeldverbot.info/wp-content/uploads/2025/12/dok-ungleichbehandlung-v2.pdf>) und wie man es hinsichtlich des Schutzes des Bargeldes besser machen könnte (<https://bargeldverbot.info/wp-content/uploads/2025/11/dok-verbesserung-verordnung-v3.pdf>). Auch kommen Zweifel hinsichtlich der Seriosität der politischen Entscheidungsträger aller größeren Parteien inklusive Die Grünen auf, wenn diesen auf einen Antrag der AfD nichts Besseres einfällt, als nicht den Fakten entsprechende Aussagen zum Schutz des Bargeldes abzugeben (<https://dserver.bundestag.de/btp/21/21048.pdf>). Auf diese Art und Weise lässt sich der Rechtspopulismus sicher nicht eindämmen.

Es würde hier zu weit gehen, die bisherigen Einschränkungen des Bargeldes im Euroraum im Detail durch Höchstgrenzen, Kosten der Bereitstellung usw. zu skizzieren. Die Annahme eines zielgerichteten Komplotts als eine Art Verschwörungstheorie ist unsinnig. Aber dessen bedarf es gar nicht. Es gibt gegen das Bargeld eine internationale Interessengemeinschaft, die keiner zentralen Beratschlagungen bedarf, um am gleichen Strang zu ziehen. Hierzu gehören (Zentral-)Banken (Zinsmanipulationen), Staaten (niedrige Zinsen), Geheimdienste (Überwachung), Kreditkartenunternehmen (Daten, Gewinne) und Wissenschaftler (Drittmittel).

Treuebekenntnisse zum Bargeld sind wohlfeil. Der Drift der Interessenkonkordanz vieler machtvoller Akteure ist entscheidender. Auch kann ich mich beim Hören und Sehen vieler Beiträge zum Thema des Eindrucks nicht erwehren, dass hier z.B. die öffentlich-rechtlichen Medien eine gewisse Schlagseite aufweisen und sich an den „Zug der Zeit“ anhängen. Ich möchte keine bösen Absichten unterstellen, aber ich frage mich schon, warum meine Ausführungen zum Wert des Bargeldes aus der Mediathek des SWR neuerdings verschwunden sind (ich danke Thomas Jörder für diesen Hinweis). Realistisch erscheint mir die Entwicklung,

dass das Bargeld langsam aber sicher verschwindet und mit dem DE vorab ein Placebo-Bonbon gereicht wird. Direkt spricht kaum jemand das Entschwinden des Bargeldes als Ziel oder zwangsläufige Nebenwirkung an. Es gibt allerdings Beiträge, die sich über eine Salamtaktik zur Abschaffung des Bargeldes Gedanken machen. Als Beispiel diene Alexei Kireyevs "The Macroeconomics of De-Cashing", dessen listenreiche Überlegungen sicher Machiavellis Hochachtung erführe (<https://www.imf.org/-/media/files/publications/wp/2017/wp1771.pdf>).

Auch gibt es Befürworter aus etwas politikferneren Institutionen, die sich offen Gedanken machen, wie man das künstlich hyperkomplexe Finanzkartensystem im Krisenfall mit Rückwirkungen auf die Realwirtschaft ohne Strukturreformen mit Hilfe von Negativzinsen (Enteignungen) über die Runden bringen kann und hierfür Bargeld als Fluchtweg dauerhaft ausgeschaltet werden sollte (Agrawal, R./Kimball, M. Enabling deep negative rates to fight recessions: A guide. IWF WP 19/84, 2019). Es ließen sich weitere Beispiele anführen.

Ohne dem Bargeld magische Potentiale andichten zu wollen, so steht es für gemünzte Freiheit, Anonymität und ist Bollwerk gegen Kontroll-Totalitarismus, ermöglicht Inklusion, ist im Vergleich kostengünstig, hilft bei Selbstkontrolle und bietet ökonomischen Schutz im Vergleich zu Sichteinlagen. In Schweden und Norwegen ist man bereits etwas vom Anti-Bargeldkurs abgekommen, da man verstanden hat, dass Bargeld neben allerlei möglichen Störungen bei Anschlägen und Sabotage auf die digitale Infrastruktur den besten Schutz bietet. Auch in Zentraleuropa sollte angesichts hybrider Kriegsführung das Bargeld wie in der Checkliste des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe mitberücksichtigt werden.

Als Mitglied der Monetative, das eine Vollgeldreform begrüßt, frage ich mich, ob Aussagen von Joseph Huber zum „Bargeld auf dem Weg ins Geldmuseum“, so ein Untertitel in seiner *Zeitenwende des Geldsystems* (Metropolis, 2022) im Sinne der Ziele des „Erfinders“ des Vollgeldes sind. Das Festhalten am Bargeld führt er auf Gefühlsbindungen nostalgischer Natur und den Wunsch nach nationaler Identität zurück, hält es für umständlich, teuer und nicht mehr akzeptabel. Seiner These, dass wir auch mit Bargeld sowieso Spuren wegen des Abhebens von Bargeld bei Banken hinterlassen und es daher keinen wirklichen Unterschied ausmache, kann ich nicht folgen, da man zwar eine Bargeldsumme abhebt, aber wofür man es dann ausgibt, ist anonym. Angesichts des unvermeidlichen fast universellen Hinterlassens digitaler Spuren weiß nicht nur ich dieses Refugium an Anonymität zu schätzen. Ich finde es sehr bedauerlich, dass man den Einsatz für Bargeld komplett dem Rechtspopulismus überlässt.

Neben der kompletten Befürwortung des DE und dem Abkanzeln des Bargeldes sind Joseph Hubers Ausführungen interessant, weil er hinsichtlich des Verdrängungseffektes offen ausspricht, was sicher auch viele Entscheidungsträger und Interessengruppen insgeheim denken oder sogar wünschen: „Die Digitalisierung wird dem noch verbliebenen Bargeld über kurz oder lang ein Ende bereiten, nicht unbedingt überall schon in den kommenden Jahren, aber früher oder später wird es verschwunden sein im Zuge des sich ändernden Zahlungsverkehrs und der entsprechend veränderten Nachfrage nach den verschiedenen Arten von Geld. Wenn die Aufrechterhaltung der benötigten Bargeld-Infrastruktur zu einem Zuschussgeschäft wird, wird sich der Umlauf des Bargeldes gleichsam 'von alleine' beenden ...

Ohnehin ist das Bargeld nur noch eine Auswechsellmenge des primären Bankengeldes. Es ist von daher geldpolitisch in der Tat höchste Zeit, CBDC einzuführen, als ein modernes Zentralbankgeld in Nachfolge des traditionellen Bargelds“ (S. 115-116).

Aus meiner Sicht sollte eine Befürwortung des DE nur hinsichtlich der Frage erörtert werden, wie man möglichst schnell zu einem 100% DE-Geldsystem übergehen könnte und man diese Forderung immer obenan stellt und wiederholt (den Kontrollaspekt und die momentanen Machtverhältnisse mal außen vorgelassen) und nicht nur fragt, wie soll das denn jetzt inklusive Obergrenze konkret implementiert werden.

Bei allem Bemühen um aktuelle Bezüge sollten kritische zivilgesellschaftliche Gruppen die strukturellen Reformerfordernisse, die bisher nicht angegangen wurden, nicht aus den Augen verlieren, da „pragmatische“, karriere- und drittmittelorientierte Wissenschaftler*innen hierfür leider ausfallen. Hierzu gehören neben der Förderung des Bargeldes Forderungen wie 30% Eigenkapital (ungewichtet, also Leverage Ratio), eine Haltedauer von einem Tag oder sogar von einer Woche, Verbraucherschutz (keine Zertifikate an Kleinanleger), Entflechtung der Megabanken, eine Vollgeldreform, ein Trennbankensystem, Banklizenzen für Schattenbanken, Verbote von Leerverkäufen und CDS und eine Finanztransaktionssteuer, um anzudeuten, in welche Richtung die Geld- und Finanzmärkte wieder stabil gemacht und in den Dienst der Realsphäre gestellt werden müssten. Durch die anvisierte Obergrenze wird indirekt in den offiziellen Begründungen die Instabilität des Finanzkartenhauses zugestanden, da bei den nächsten Anzeichen eines Crashes zweifelsfrei der digitale Bank-Run (*flight to safety*) unter die Fittiche des DE garantiert wäre. Ein gemeinwohlorientiertes Geld- und Finanzsystem bedarf eben eines umfassenden Entwurfs aus einem Guss, der gegenwärtig in weiter Ferne liegt und unser Anliegen sein sollte.

apl. Prof. Dr. Dr. Helge Peukert